



## Einsicht in Baden-Württemberg: Begibt Hamburg sich schulpolitisch völlig in die Isolation?

Nachdem nun auch Baden-Württemberg 2025 wieder zu G9 zurückkehren wird, stellen wir uns in Hamburg die entscheidende (und eher rhetorische) Frage, wie gerecht die Situation bildungspolitisch für unsere Gymnasiasten ist – denn da nun das nächste bevölkerungsreiche Bundesland umstellt, werden in Deutschland nun in absoluten Zahlen mehr als die Hälfte der Jugendlichen bald ihr Abitur unter G9 Bedingungen ablegen.

### Ist das eine gerechte und soziale Bildungspolitik?

Die Kultusministerkonferenz verweist auf bundesweit vereinbarte Bildungsstandards – aber in vielen anderen Bundesländern werden mehr Stunden in den Fächern unterrichtet – Hamburg markiert das absolute Minimum im bundesweiten Vergleich mit 265 Wochenstunden. Viele Bundesländer, die wieder zu G9 zurückgekehrt sind, haben nicht nur eine längere Verweildauer an Gymnasien und dadurch mehr Zeit für Reife und psychosoziale Entwicklung, sondern auch mehr Unterrichtsstunden – z. B. in NRW (282 Wochenstunden), Bayern (285), Schleswig-Holstein (277) und dem Saarland (279) Wochenstunden.

Wenn “Hamburger Schüler:innen dieselben Standards mit weniger Wochenstunden erreichen müssen als die Schüler:innen anderer Bundesländer, dann geht das auf Kosten der schulischen Qualität und der Gesundheit der Schüler:innen“<sup>1</sup>

### Auf welcher Grundlage sind solche Unterschiede gerechtfertigt? Sind Hamburgs Gymnasiasten etwa schlauer und schneller?

Durch das Verbleiben in der G8-Struktur stehen Hamburger Gymnasiasten gegenüber denen der Bundesländer, die wieder auf G9 umgestellt haben, schlechter da. Dennoch bewerben sie sich nach dem Abitur sowohl national als auch international auf dieselben Studien- und Ausbildungsplätze.

### Es muss eine Veränderung stattfinden

Es ist an der Zeit, sich auch den Herausforderungen zu stellen, die sowohl der zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft, den Weltkrisen/Sorgen sowie den Nachwehen der Corona-Zeit geschuldet sind. Das starre Gerüst des G8 an Gymnasien ist ein altes Konzept, das sich

---

<sup>1</sup> VLHGS: Vereinigung der Leitung Hamburger Gymnasien und Studienseminare, PM Dez. 2023



nicht bewährt hat und von dem die meisten Bundesländer wieder Abstand genommen haben.

In anderen Bundesländern kritisiert die SPD das lange Festhalten an G8 und auch die FDP, Grünen und CDU betonen, dass G9 ein Erfolgsmodell ist.

Für Martin Balasus (Stv. Fraktionsvorsitzender CDU in Schleswig-Holstein) ist G9 ein echtes Erfolgsmodell, das der CDU als damalige Opposition sogar zum Wahlsieg verholfen hat. „Gemeinsam haben wir uns von G8 verabschiedet und die Rückkehr zum neunjährigen Abitur gewagt und gestaltet.“ Er betont, wie wichtig und richtig die Entscheidung zur Umstellung auf G9 war: „So richtig, dass selbst an den Gymnasien mit Y-Modell, also wo die Eltern zwischen G8 und G9 noch wählen können, in der Vergangenheit stets G9 gewählt wurde [...]. So richtig, dass heute bei uns Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft glücklich über unseren mutigen Schritt sind.“

In Baden-Württemberg sieht die politische Ausrichtung hingegen anders aus: SPD-Fraktionschef Andreas Stoch warf Grün-Schwarz vor, auf Zeit gespielt zu haben. „Hätten sie den Ruf früher zugehört, wäre es möglich gewesen, schon dieses Jahr zu starten“, kritisierte er. Doch nun zeigen sich Lehrer und Schulleiter froh, den Schritt zu G9 zu gehen. Auch wenn sie die Umstellung am liebsten „gestern“ vollzogen hätten.

Warum bleibt Hamburg stur?

Nur in Hamburg verschließt die aktuelle Regierung aus SPD und Grünen die Augen und will von einer Neuausrichtung und einer Abkehr von G8 nichts wissen. Doch klar ist: So werden wir unserer heutigen Gesellschaft nicht mehr gerecht. Weggucken, Schweigen und ein Schulfrieden, der Konzepte einfriert, kann nicht die Lösung sein. Auch das permanent wiederholte Argument der nicht tragbaren Kosten ist für uns schlicht Augenschwermerei – es funktioniert in allen anderen Bundesländern doch auch!

Für uns als Initiative bedeutet das: jetzt erst recht!

Das Beispiel Baden-Württemberg hat eindrucksvoll gezeigt, wie viel Möglichkeiten wir als Eltern haben, ein Umlenken in der Politik in diesem so wichtigen und bildungsrelevanten Punkt zu erreichen.

Allerdings schaffen wir das nicht allein und sind für das im Herbst geplante Volksbegehren auf die Hilfe vieler angewiesen. Wenn Sie uns also in irgendeiner Form unterstützen wollen und können, freuen wir uns, wenn Sie mit uns in Kontakt treten!